

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Zur Debatte steht: Einheitsgewerkschaft und Gewissensfreiheit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1955) : Zur Debatte steht: Einheitsgewerkschaft und Gewissensfreiheit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 11, pp. 620-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132180>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

als auch der Gewerkschaften sehen. Man fühlt allgemein, daß Geschäftsgewinne mehr als bisher zu Preissenkungen benutzt werden sollten. Direkte Einflußnahme auf das Preisgefüge, etwa durch Einfuhrliberalisierung, wird aber nicht einmal diskutiert. Was die Ausfuhr anbetrifft, so sprechen Industrielle oft von der Gefahr einer Beeinträchtigung der britischen Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnerhöhungen. Tatsächlich beruht Englands Exportstellung aber nicht vorwiegend auf einem Preisvorsprung. Kürzere Lieferfristen und stärkere Beachtung ausländischer Geschmacksan-

sprüche würden wahrscheinlich der britischen Ausfuhr mehr helfen als Preissenkungen; auch eine Ausdehnung der Hochkonjunktur in Westeuropa auf die für England traditionell wichtigeren Überseemärkte würde für die britische Industrie äußerst wertvoll sein. Bei voller Anerkennung der Wichtigkeit besonderer Anstrengungen im Export glauben aber Regierung und Wirtschaftskreise, daß der Schlüssel zur Überwindung der periodischen Schwierigkeiten in der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen Erzeugung, Verbrauch und Investitionen im eigenen Lande liegt.

Zur Debatte steht: Einheitsgewerkschaft und Gewissensfreiheit

Der Deutsche Gewerkschaftsbund kann mit dem Publizitätserfolg, den er bei der Verteidigung seines Einheitsanspruches erreicht hat, recht zufrieden sein. Mit wenigen Ausnahmen hat die breite Öffentlichkeit aus allen wirtschaftspolitischen Lagern das System der Einheitsgewerkschaft bejaht. Und es wird nach dieser eindeutigen Stellungnahme kaum damit zu rechnen sein, daß auf längere Zeit ein tieferer Einbruch in die Einheitsfront erzielt wird. Dieser Erfolg dürfte dem DGB aber auch eine Verpflichtung auferlegen, die er nicht vernachlässigen sollte.

Die Gewerkschaft hat in erster Linie einen sozialpolitischen Auftrag seiner Mitglieder auszuführen. Um diesen Auftrag in voller Einmütigkeit und mit größtmöglichem Erfolg durchsetzen zu können, muß sie sich von der unseligen historisch bedingten Verflechtung mit politischen Ideologien freimachen. Gerechterweise muß man trotz gelegentlicher Rückfälle in marxistische Klassenkampftheorien anerkennen, daß in der deutschen Gewerkschaftsbewegung starke Kräfte lebendig sind, die überparteiliche und überkonfessionelle Berufung durchzusetzen.

Allen ist die Gefahr bewußt, daß durch eine ideologische Aufspaltung der Gewerkschaftsorganisation die im Interesse der Staatspolitik angestrebte Entpolitisierung des gewerkschaftlichen Wirkens zunichte gemacht wird und eine politische Radikalisierung der ideologisch ausgerichteten Einzelgruppen neuen Auftrieb erhält. Aber nicht nur auf politischem Gebiet dürfte eine Radikalisierung zu erwarten sein. Auch die sozialpolitischen Forderungen werden sich verschärfen, wenn die Aufspaltung in mehrere Gruppen eine Dauererscheinung werden sollte, weil die Einzelgruppe attraktive Argumente für die Mitgliedswerbung benötigt.

Gerade in der Phase der gegenwärtigen Hochspannung von Preis- und Lohnauftriebstendenzen muß besonderes Gewicht darauf gelegt werden, daß die legitimen, von den Gewerkschaften vertretenen Forde-

rungen auf das volkswirtschaftlich vertretbare Gesamtinteresse abgestimmt werden, und daß jeder propagandistische und attraktive Einschlag bei der Aufstellung von Lohnforderungen unterbleibt. (h)

Marktwirtschaftliche Agrarpreise

Das Sozialklima einer Gesellschaft wird von der Preishöhe einer bestimmten Gruppe von Verbrauchsgütern in besonderem Masse bestimmt: dazu gehören die Mieten, eine Gruppe von Versorgungsdiensten, die Grundnahrungsmittel — also die Agrarpreise — und vielleicht noch die Textilien. Die Stabilhaltung dieser Preisgruppen spielt deshalb für die Sozial-, Konjunktur-, Preis- und Lohnpolitik eine große Rolle. In allen Industrieländern tritt in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs das Phänomen der Preisschere — d. h. das Auseinanderklaffen von Industrie- und Agrarpreisen — betont in Erscheinung. Man fordert von der Landwirtschaft aus eine marktgerechte Preisbildung für landwirtschaftliche Erzeugnisse, indem man auf die Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel und der Arbeitslöhne hinweist. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß man in dem Augenblick, wo man Preisvergleiche mit der Kostenhöhe anstellt, vom Prinzip der klassischen Marktwirtschaft abweicht.

Zweifelloso ist die Landwirtschaft ein Wirtschaftszweig, der den Prinzipien der Marktwirtschaft nicht voll unterworfen werden kann. Und das nicht allein aus der Erwägung heraus, daß die Landwirtschaft von außerwirtschaftlichen Bedingungen abhängig ist und durch ihren Produktionsrhythmus der Marktnachfrage nur mit „time lag“ angeglichen werden kann, sondern in erster Linie aus der Erkenntnis heraus, daß die Landwirtschaft im nationalwirtschaftlichen Gefüge

einen unentbehrlichen Stabilitätsfaktor gegen alle weltwirtschaftlichen Produktionsschwankungen darstellt. Sie wirkt aber auch bevölkerungspolitisch und soziologisch als Ausgleichsmoment.

Diese Vorzugsstellung ist ihr jedoch nicht immer von Vorteil gewesen. Sie hat auch in den Zeiten, wo sie dazu in der Lage war, lebensnotwendige Rationalisierungsmaßnahmen versäumt. Sie ist immer ein Protektionskind gewesen, und daraus hat die Landwirtschaft selbst häufig unberechtigte Forderungen abgeleitet.

Wenn wir heute aus konjunktur- und sozialpolitischen Gründen eine Erhöhung der Agrarpreise vermeiden wollen, so bleibt zweifellos im gegenwärtigen Augenblick nur der Ausweg der Subventionen. Subventionen der Verbraucherpreise stehen aber im krassen Gegensatz zu unserem wirtschaftspolitischen Theorem. Nun soll man aber das Theorem nicht gar zu sehr überschätzen! Die Agrarpreissubvention kann eine Ausweichmöglichkeit für die Übergangszeit bedeuten, in der die Durchrationalisierung der Landwirtschaft mit begünstigten Investitionsmitteln erfolgen kann. Dazu ist aber eine öffentliche Investitionslenkung erforderlich. Wenn man von landwirtschaftlicher Seite aus behauptet, daß es doch gleichgültig sei, ob der Verbraucher höhere Preise bezahle oder durch Steuern Subventionsmittel zur Verfügung stelle, so stimmt das nicht ganz. Denn die Steuern werden auch nicht sinken, wenn die Agrarpreise nicht subventioniert werden. (lp)